rote garde*

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P b b Verlags postamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3



Jetzt wird's übersinnlich

Jahrelang blühte das Geschäft mit der sexuellen Aufklärung, und wenn der Oswalt Kolle und seine Nachahmer ihre Filme, Bücher und Zeitschriften auf den Markt brachten, dann klingelte die Kassa. Doch, ach, nichts währt ewig; das Geschäft beginnt nun zu stagnieren. Die Schau- und Kauflustigen wissen offenbar bereits, zu welchem Puzzlespiel männliche und weibliche Körperteile sich eignen und sind deshalb an der Theorie nicht mehr sonderlich interessiert. Für die Film- und Zeitungsmacher, die an der Sexwelle gut verdient haben, ist das allerdings ein harter Schlag, weshalb sie sich was einfallen lassen müssen, um die Nachfrage wieder zu steigern. Wie aber heißt die Steigerung von „sinnlich"? Ganz einfach: „über-sinnlich".

Eine Tageszeitung, die sich seriös gibt, stieg also ganz groß ins Übersinnliche ein, um die Leserschaft von der zunehmenden Interesselosigkeit zu kurieren. Eine ganze Artikelserie beschäftigte sich allen Ernstes mit so geheimnisvollen überirdischen Dingen wie Hellseherei und Gedankenlesen. Streng seriös, versteht sich. Wobei dann auch die Reaktion in Form von Leserbriefen nicht ausblieb. All jene alten Weiber beiderlei Geschlechts, die schon jemals beim Tischerlrucken die Geister Verstorbener beschworen haben, teilten der Zeitung ihre diesbezüglichen wissenschaftlichen Erfahrungen mit.



Soviel Echo machte die TV-Gewaltigen natürlich neidisch. Daher engagierten sie flugs einen medial veranlagten Löffelbieger und servierten ihn in einer Fernsehschau. Daß besagter Löffelbieger sogar daheim in Tel Aviv als Schwindler gilt, das tat dem Geschäft keinen Abbruch. (Uri Geller soll in aller Welt mit seinem Trick insgesamt schon an die vier Millionen Schilling verdient haben.)

Wenn also so wie früher bei der Sexerei nunmehr mit der Hexerei viel Geld zu machen ist, dann müßte es schon mit dem Teufel zugehen, wenn uns nicht demnächst noch allerhand Spuk ins Haus stünde. Apropos Teufel. „Der Exorzist" (Teufelsaustreiber) steht schon vor der Tür; ein Film, der in den USA angeblich monatelang in ausverkauften Häusern lief. Ausgangspunkt der Handlung: ein vom Teufel besessenes Mädchen.

Wenn man nun bedenkt, wie tief die kapitalistische Wirtschaft bereits im Dreck steckt, dann scheinen die himmlischen Heerscharen der Tele- und Psychopathen, der Weihwassersprenger und Wahrsager bereits das letzte Aufgebot zu sein, mit dem die Machthaber das allmählich aufmuckende Volk bezaubern wollen. Und wir brauchen gar keinen Wahrsager, der uns — womöglich aus dem Kaffeesud — etwas über die Zukunft des Kapitalismus voraussagt. Auch ohne einen Blick in solch mystische Tiefen sehen wir schwarz für die bestehende Ordnung.

rote garde*

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nummer 44 · Februar 1974

Vor dem Abgrund

befindet sich die kapitalistische Wirtschaft in England. Die schlechtbezahlten Bergarbeiter streiken für höhere Löhne, und die bürgerlichen Massenmedien – auch die österreichischen – geraten deshalb bereits in Weltuntergangsstimmung (siehe Seite 10).

HEATH

Ungleiche Partner



Den Schlüssel zur Rüstungsindustrie Indiens hält Breschnew in Händen

Der indische Oppositionspolitiker Wadschpaji antwortete in einem Interview auf die Frage, ob er Pakistan zerstören wolle, mit den Worten: "Ich kann mir durchaus im Nordwesten des Subkontinents einen unabhängigen Sind, ein Pathunistan, Belutschistan und einen unabhängigen Pandschab an Stelle Pakistans vorstellen." Es ist Tatsache, daß diese "Vorstellungen" nicht nur Indiens Ministerpräsidentin Gandhi, sondern auch die hinter ihr stehenden Moskauer Sozialimperialisten teilen. Der Revisionist Suslow meinte kürzlich: "Pakistan besteht aus vier Nationen, die auseinanderfallen und eines Tages zwischen Indien, Afghanistan und Persien aufgeteilt werden."

Der Traum der russischen Imperialisten ist ja ein "balkanisierter" indischer Subkontinent, leicht zu kontrollieren gemäß dem Grundsatz "teile und herrsche" und geeignet, als Sprungbrett nach Tibet und der ganzen VR China zu dienen. Indien hat sich ja schon bei der Zerstückelung Pakistans "bewährt". Um aber Pakistan weiter aufzuteilen, falls dessen Regierung nicht gewillt ist, zu kapitulieren, braucht Indien Aufrüstung, Aufrüstung und nochmals Rüstung. Daß dabei die indische Wirtschaft vor die Hunde geht ("Bangla Desh" hat bereits umgerechnet über 50 Milliarden Schilling gekostet) und das Volk elendiglich zugrundegeht, scheint die Reaktionäre in Neu Delhi und Moskau wenig zu kümmern.

Rußland verdient natürlich an der indischen Aufrüstung. Ein Beispiel: Die Herstellung von MiG-Kampfflugzeugen in Indien. Eine indische Zeitung stellte fest: "Das Flugzeug ist nicht billig." Und in der Tat brachten die 1962 abgeschlossenen Verträge mit Rußland, die zum Bau von MiGs in Lizenz in indischen Betrieben führten, den russischen Imperialisten die Kontrolle über die Ausrüstung der indischen Luftwaffe. Der Kern dieser Luftwaffe besteht nämlich heute aus MiGs und deren Herstellung ist vollständig von dem Willen der Kreml-Herren abhängig. Vom Zeitpunkt der Unterzeichnung der Verträge an brauchte es vier Jahre, bis im Jahr 1966 die ersten Flugzeuge die indischen Werke verließen. Aber diese Flugzeuge waren zur Gänze aus importierten Bestandteilen zusammengebaut worden. Auch heute noch machen die Importe an Einzelteilen aus der UdSSR mehr als die Hälfte der Herstellkosten aus. Einige wichtige Bestandteile wie hochwertige Stähle und Legierungen kommen aus Rußland und Moskau weigert sich, die Maschinen und die Technologie zur Fertigung dieser Teile an Indien weiterzugeben, denn so haben die russischen Imperialisten ihre indischen "Partner" in der Hand und können diese jederzeit unter Druck setzen. Denn wenn Moskau "den Hahn abdreht", dann steht die indische Rüstung still.

In den Thesen zur nationalen Frage, welche von Lenin geschrieben wurden, entlarvte der II. Weltkongreß der Komintern das Bestreben der Imperialisten, politisch scheinbar unabhängige, in Wirklichkeit jedoch in jeder Beziehung, auch in militärischer völlig abhängige Länder zu schaffen. Für die russischen Imperialisten ist Indien eben solch ein Land! ●

Der starke Mann



Wenn ein alternder Filmstar auf der Kinoleinwand zwar der strahlende Held, zu Hause jedoch eine griesgrämige Zwiderwurzen ist, dann interessiert das die „rote garde" im allgemeinen herzlich wenig. Für die häuslichen Probleme eines Filmstars sind nämlich die Illustrierten zuständig, welche meist auch recht QUICK oder mit dem nötigen ECHO die private Schmutzwäsche vor aller Öffentlichkeit ausbreiten. Es ist also sonst nicht unsere Art, auf derlei Schmutz genüßlich hinzuweisen – es sei denn, der Filmstar heißt John Wayne.

Bei John Wayne müssen wir wohl oder übel eine Ausnahme machen, denn dieser Held hat nicht nur in bezug auf Skandale, sondern auch in der Politik von sich hören lassen. John Wayne, das ist der personifizierte „american way of life": Er unterstützte begeistert den faschistoiden Präsidentschaftskandidaten Goldwater; er drehte den Kriegsfilm „Die grünen Teufel", in dem die US-Rangers edle Herren- und die Vietnamesen kriminelle Untermenschen sind; und sogar seine 250 Wildwestfilme ließ er sich stets nach seinem Weltbild schneidern. Er selbst, John Wayne, spielte ausnahmslos den starken Mann, der für Recht und Ordnung sorgt. Die Indianer dagegen („Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!") waren bösartige Halunken, während sich Neger bestenfalls als Stallburschen oder Hausknechte bewähren konnten und Frauen – auch so eine Art Untermensch – nur in häuslichen Nebenrollen zu ihrem Herrn und Meister aufblicken durften. Hinzu kommt, daß diese alten Filme dank des Fernsehens noch immer aktuell sind und mit ihnen nicht nur die Jugend in Revolver City, Texas, sondern auch die österreichische Jugend beeinflußt wird. Womit die Sache uns alle etwas angeht.



Die nunmehr vorliegende Schmutzwäsche zeigt, daß der starke Mann Wayne nicht nur in Film und Politik, sondern auch privat am liebsten nach dem Faustrecht lebt. Schlimmer noch, denn im Film muß er dem zahlenden Publikum zuliebe doch hin und wieder seine autoritäre Schlagkraft mit einem „Es ist ja alles nicht so ernst gemeint!"-Augenzwinkern abschwächen. Zu Hause hatte er das nicht nötig.

„Jetzt dürfen wir wieder laut lachen, denn nicht einmal das durften wir", freute sich seine (dritte) Ehefrau, nachdem der gestrenge Gebieter sie und die drei gemeinsamen Kinder verlassen hatte. Die Kinder wurden durch Schläge „erzogen", na, und eine Frau braucht man eben jeweils zum Kinderkriegen und zum Kochen; bei wichtigen Entscheidungen hingegen hat sie nichts zu plaudern, und sogar das Haushaltsgeld verwaltet am besten der Herr des Hauses selber.

Im großen und ganzen ist uns also der John Wayne nichts eigentlich Fremdes. Er ähnelt vielmehr jenen anderen starken Männern, die vor drei Jahrzehnten in den Donau- und Alpengauen hausten und für die ebenfalls die eigenen Frauen nur lebende Gebärmaschinen, die eigenen Kinder rechtlose Befehlsempfänger und fremde Völker je nach Bedarf willige Diener oder hinterhältige Halunken zu sein hatten. Auch die Herrenmenschen vom ORF haben die Ähnlichkeit sicher längst bemerkt. Sonst käme John Wayne nicht so häufig auf den Bildschirm. ●

Österreichs Arbeiter erlebten ihr „Chile" vor 40 Jahren:

»Die anderen hatten Gewehre!«

Am 12. Februar jährte sich zum vierzigsten Mal der Tag, an dem die österreichische Arbeiterklasse sich heldenhaft mit der Waffe gegen den Faschismus zur Wehr setzte. Was sind nun die Lehren aus diesem Kampf und seiner Vorgeschichte?

Von 1918 zum 12. Februar 1934

In den Jahren 1918/19 wurde den österreichischen Arbeitern von den sozialdemokratischen Führern die Revolution "gestohlen". Ende 1918 standen in Österreich die Betriebe still, Arbeiter- und Soldatenräte waren gebildet worden und am 30. Oktober forderten die Massen von der "provisorischen Nationalversammlung" die Ausrufung der Räterepublik. Aber die SP-Führer begannen jene Maßnahmen durchzuführen, welche die Revolution zum Scheitern bringen sollten. Sozialdemokratische Vertrauensmänner nahmen die Arbeiterräte unter Kontrolle, die "Volkswehr" sollte die "Rote Garde" der Arbeiter aufsaugen und unschädlich machen. Die Drohung mit dem Einmarsch der Entente schließlich sollte die Massen einschüchtern. Als dann 1919 die Bayrische und die Ungarische Räterepublik den Schlägen der Konterrevolution erlagen, hatten die sozialdemokratischen Spitzen ein weiteres Mittel zur Einschüchterung des Volkes, nämlich daß die proletarische Diktatur in einer Katastrophe enden würde. "Die besondere Ohnmacht Österreichs, die besondere Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom Ausland," schrieb Otto Bauer rückblickend im November 1927 in der Wiener "Arbeiter-Zeitung", "haben es den österreichischen Arbeitern in der Sturmzeit der Revolution besonders anschaulich gemacht, daß der Versuch einer Diktatur hierzuland nur mit einer Katastrophe enden kann. Und die furchtbare Erfahrung Ungarns hat den österreichischen Arbeitern gezeigt, in welche Katastrophe der Kommunismus auch sie hineingezerrt hätte."

Die österreichischen Arbeiter hatten aber den Sieg beinahe in der Hand. Wenn nun nicht die siegreiche proletarische Revolution in Österreich den ungarischen Räten zu Hilfe kommen konnte, so war das allein Schuld der Sozialdemokratie, welche die Massen in die Irre führte. Die sozialdemokratischen Parteiführer ließen sich die Revolution von der Bourgeoisie mit Reformen abkaufen. Die Arbeiterklasse hätte die wirkliche Macht haben können, die SP brachte sie dazu, sich mit dem "Gemeindesozialismus" zu begnügen. Und statt der Arbeiterrepublik riefen die Sozialdemokraten zusammen mit der Bourgeoisie die bürgerliche Republik aus.

Die Geschichte dieser Ersten Republik bis zum 12. Februar 1934 war nun eine 15jährige Geschichte der Kapitulation der sozialdemokratischen Parteileitung vor den Arbeitermördern, eine 15jährige Geschichte des tatenlosen Zusehens seitens der SP-Führung, wie der Faschismus erstarkte und sich kräftigte.

Die bürgerliche Republik, so wurde den Arbeitern eingeredet, sei ja "ihre" Republik, in den Betrieben hätten sie ja "ihre Räte" usw. Und so ginge es halt demokratisch zum Sozialismus. Wenn es aber trotz aller Anstrengungen seitens der SP "einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen", dann gäbe es ja immer noch den Schutzbund, um die Staatsmacht "im Bürgerkrieg zu erobern", ja dann wäre die Arbeiterklasse dazu gezwungen, "den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."

Aber diese Worte blieben nur Worte. Als dann tatsächlich die Bourgeoisie ihre eigene bürgerliche "Demokratie sprengte", als 1933 das Parlament aufgelöst, KPÖ und Schutzbund verboten und die Arbeiterorganisationen in die Illegalität gedrängt wurden, sah die SP-Führung nicht bloß tatenlos zu, sondern sie sabotierte sogar den Widerstand und würgte Proteststreiks ab.

Otto Bauer hatte einst die SP gerühmt wegen ihrer Vereinigung der "Fähigkeit realistischer Anpassung jedes Tageskampfes an die Besonderheiten des Ortes und der Stunde mit der festen Ausrichtung aller Teilkämpfe auf das große Ziel der Machteroberung der Arbeiterklasse und damit auf das große, begeisternde Ziel des Sozialismus." In der Praxis erwies sich jedoch die "realistische Anpassung" als Opportunismus, die "feste Ausrichtung auf das Endziel" mündete dagegen in die Beschwichtigungsformel: "Ja, wenn wir bei den Wahlen erst 51 Prozent haben." Und der "revolutionäre Wille zum letzten Ziel", den die Führer der SP so herausstrichen, war nichts als Phrase, denn als sich die Arbeiter im Februar 1934 mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus erhoben, da setzte sich die "Linke" der SP (Bauer, der Schutzbundführer Deutsch usw.) ins Ausland ab, die Parteirechte aber richtete es sich mit den Heimwehr-Faschisten.



Österreich 1934, Chile 1973: Rückkehr geordneter Zustände

Die Februarkämpfe

Am 11. Februar 1934 schrieb der SP-Landesparteisekretär und Schutzbundführer von Oberösterreich Richard Bernaschek an Otto Bauer in Wien: "Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird oder wenn Vertrauensmänner der Partei beziehungsweise des Schutzbunds verhaftet werden sollten, wird gewaltsam Widerstand geleistet und in Fortsetzung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden... Wir erwarten, daß ... Du der Wiener Arbeiterschaft und darüber hinaus der gesamten Arbeiterschaft das Zeichen zum Losschlagen gibst."

Aber Otto Bauer erteilt Bernaschek eine ablehnende Antwort. Er ist für das Aufschieben der "Unternehmung". Bernaschek gibt daraufhin keine weiteren Befehle, aber er schiebt die Aktion des Schutzbundes auch nicht auf.

Vor 7 Uhr morgens erscheint am 12. Februar vor dem SP-Parteiheim in Linz eine Polizeiabteilung. Bernaschek kann gerade noch

die Arbeiterkammer alarmieren, von wo der Aufruf zum Generalstreik gegeben wird, dann hat die Polizei die Tür aufgebrochen. Bernaschek ergibt sich widerstandslos und wird unter Fußtritten abgeführt.

Nicht ergeben sich jedoch die 38 im Haus verschanzten Schutzbündler. Heldenhaft wehren sie sich gegen die Übermacht der Polizei und des später herbeigerufenen Militärs. Erst mittags müssen sie sich wegen Munitionsmangels ergeben.

Der Sturm auf das Parteiheim in Linz ist das Signal zum Widerstand. Die erbitterten Arbeiter warten nicht mehr auf ein Signal der Parteileitung, sondern wollen Waffen, um sich zur Wehr zu setzen. Der Funke des bewaffneten Widerstandes springt auf andere Industriestädte, vor allem auf Wien über. Aber die Arbeiter finden an vielen Stellen die Alarmzentralen verraten und von der Polizei besetzt. Und verräterische Schutzbundkommandanten und Waffenmeister nehmen Reißaus oder weigern sich, Waffen auszugeben. Nur dort, wo ehrliche Arbeiterfunktionäre die Waffenlager betreuen, erhalten die Kampfgruppen Gewehre.

Trotz des führerlosen, reinen Verteidigungskampfes kämpfen die Arbeiter 3 bis 4 Tage hindurch bis zur letzten Patrone. Und in Scharen wandten sich die revolutionären Arbeiter der KPÖ zu, die Recht gehabt hatte, als sie die SP-Führer - die Rechten wie die "Linken" - allesamt als Verräter an der Arbeiterklasse bezeichnet hatte. Im Lauf der Kämpfe wurde auch klar, daß der Feind, der bereits nach wenigen Tagen erschöpft war, unter einer offensiven revolutionären Führung hätte besiegt werden können.

Die Lehren

Was ist nun die Hauptlehre des Jahres 1934? Eine Arbeiterin sagte einmal in einer Grundschulung der "K"PÖ, als sie vom Referenten nach den Ursachen der Niederlage von 1934 befragt wurde: "Wir waren die Unterlegenen, weil die anderen Gewehre hatten." Und tatsächlich ist es die Lehre der Februarkämpfe, daß "die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt", daß die Kapitalisten zu offener Gewalt greifen, wenn sie nicht mehr mit parlamentarischen Mitteln herrschen können, daß Kapitalismus zum Faschismus führt.

1934 hat den österreichischen Arbeitern gezeigt, daß die Bourgeoisie nie freiwillig abtritt, daß das Kapital nie auf parlamentarischem Wege mit dem Stimmzettel und ohne Blutvergießen, sondern nur durch die gewaltsame Revolution zu stürzen ist. Deshalb kann die Arbeiterklasse ihre Freiheit nicht durch Reform der bestehenden Ordnung, sondern nur durch die revolutionäre Zerschlagung dieser Ordnung erringen.



Wenn sich jetzt die Arbeiterverräter der "K"P-Führung als die einzig wahren Erben der revolutionären Februarkämpfe aufspielen, so ist das nichts als Heuchelei. Am Beispiel Chile kann man dies am deutlichsten sehen. Genauso wie vor 40 Jahren die Sozialdemokratie den österreichischen Arbeitern einen "friedlichen Weg" zum Sozialismus vorgaukelte, so haben auch die chilenischen Revisionisten die Arbeiter Chiles ins Verderben geführt. Und die "K"PÖ bekundet ohne jede Scham ihre Solidarität mit dieser Partei, welche nicht einmal jetzt noch die Frage des bewaffneten Widerstandes und des gewaltsamen Kampfes gegen die chilenische Militärjunta gestellt hat. Auch für Österreich propagiert die "K"PÖ den friedlichen Weg, indem sie mit der Losung der "antimonopolistischen Demokratie" hausieren geht.

Doch der ganze Schwindel und die ganze Demagogie der "K"P-Spitze kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie nur wie Leichenfledderer an der revolutionären Tradition des 12. Feber '34 für sich politisches Kapital schlagen wollen. Die "K"P-Führer, diese Handlanger der österreichischen Kapitalisten wie der russischen Imperialisten haben nichts mit der Arbeiterklasse gemeinsam, sondern sie sind deren Feinde!



Bemerkenswertes aus Albanien

Vor 28 Jahren, im Jänner 1946, wurde die Albanische Volksrepublik ausgerufen. Und im Jahr 1974 jährt sich auch zum dreißigsten Male die Befreiung Albaniens vom Joch des Hitlerfaschismus. Vorangegangen ist dieser Befreiung ein heroischer Freiheitskampf des albanischen Volkes, zuerst gegen den italienischen Faschismus, dann gegen die deutschen Okkupanten, der von der Kommunistischen Partei Albaniens geführt wurde. Das albanische Volk hat damals im Kampf gegen den Faschismus eine ruhmvolle Rolle gespielt; albanische Partisanentruppen haben ohne jegliche ausländische Unterstützung ihre Heimat befreit und es waren albanische Brigaden, die in brüderlicher Unterstützung den montenegrinischen Partisanen halfen, die Nazis zu vertreiben.

Schon seit dieser Zeit hat das albanische Volk aber auch gegen den modernen Revisionismus gekämpft. Der Revisionist Tito versuchte, das kleine Land wirtschaftlich zu unterjochen, seine Handlanger in der albanischen KP auch in Albanien die Diktatur des Proletariats zu untergraben, mit dem Ziel, sich Albanien als 7. Republik Jugoslawiens einzuverleiben. Als diese Machenschaften entlarvt und durchkreuzt wurden, machten die jugoslawischen Revisionisten das selbe, was Chruschtschow mehr als zehn Jahre später tat. Sie zogen ihre Techniker und Experten ab und verhängten eine Blockade über das Land.

Die Partei der Arbeit Albaniens, geführt von dem Genossen Enver Hodscha, hat auch von allem Anfang an den Revisionismus Chruschtschows bekämpft, und das albanische Volk ist weder den Tricks der Kreml-Herren auf den Leim gegangen noch hat es sich durch Drohungen einschüchtern lassen.

Wirtschaftliche Erfolge

Albanien war vor der Befreiung das rückständigste Land Europas. Die Lebenserwartung betrug 38 Jahre. Von zwei Säuglingen starb einer und nur 20 Prozent der Albaner konnten lesen und schreiben. Albanien war damals fast ohne Industrie, die kleine Arbeiterschaft, welche die Vorhut des Befreiungskampfes bildete, wurde von den ausländischen Kapitalisten grausam ausgebeutet. Die arme Bauernschaft stöhnte unter dem Joch der Grundbesitzer. Malaria und Geschlechtskrankheiten waren weit verbreitet.

Heute haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Die Industrieproduktion ist mehr als 70mal so groß wie vor dem 2.Weltkrieg, die landwirtschaftliche Produktion ist ums 4fache gestiegen. Die Ausbeuterklassen sind gestürzt, die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats, errichtet. Die vor der Befreiung verbreiteten Seuchen und Krankheiten sind beseitigt oder weitgehend eingedämmt. Seit mehr als 10 Jahren ist die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vollendet. Das bebaute Land wird zu mehr als 60 Prozent bewässert, und seit 1970 ist Albanien vollständig, d.h. bis zum entlegensten Dorf und Gehöft elektrifiziert! Die Volksrepublik Albanien beliefert Jugoslawien mit elektrischem Strom.

Erst zu Beginn dieses Jahres hatte Albanien wieder einen Erfolg im sozialistischen Aufbau zu verzeichnen. Die Eisenbahnstrecke Elbasan-Librazhd-Prenjas, die ganz allein durch freiwillige Arbeitseinsätze von Jugendlichen gebaut wurde, konnte in Betrieb genommen werden. Diese Bahn stellt die Verbindung der reichen Nickeleisenlager bei Prenjas mit dem Hüttenkombinat von Elbasan her, von wo eine bereits ausgebaute Strecke zum Hafen Durres führt.

Selbst die bürgerliche "Presse" mußte die großen Leistungen des albanischen Volkes anerkennen und berichtete am 12./13. Jänner über die wichtigen Daten, welche der stellvertretende albanische Ministerpräsident bekanntgegeben hat. Nach dem Volkswirtschaftsplan von 1974 soll die Nickeleisenförderung gegenüber 1973 um 5 Prozent auf 400.000 t, die Chromerzproduktion um 13 Prozent auf 710.000 t erhöht werden. Weiters werden 1974 2,4 Millionen Tonnen Erdöl und 7000 Tonnen Kupfer produziert werden, was Steigerungsraten von 13 bzw. 4 Prozent entspricht. Die Stromerzeugung wird um 18 Prozent auf 1,8 Mrd. kWh steigen. Interessant sind auch die Zahlen, welche für die Steigerung der industriel-

len und landwirtschaftlichen Produktion angegeben werden. Die Industrieproduktion soll um 8 Prozent, die landwirtschaftliche um 27 Prozent wachsen.

Die Volksmacht

Wir wollen hier nicht wiederholen, was wir schon oftmals geschrieben und berichtet haben. Es ist offensichtlich, daß ohne Volksmacht und sozialistische Revolution das albanische Volk noch immer wirtschaftlich und geistig im Mittelalter leben würde, und daß der Aufschwung der Wirtschaft des Landes nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse möglich war.

Bemerkenswert ist, daß die ÖGB-"Solidarität" vom Jänner dieses Jahres einen Artikel über Albanien brachte, der trotz des blödsinnigen Titels "Maos Rollbahn" so manches richtige über das sozialistische Albanien zu berichten wußte. So schreibt der Autor: "Der Pioniergeist, die eiserne Disziplin, der wie Trotz gegen alle Schwierigkeiten wirkende Einsatzwille der Bevölkerung sind jederzeit spürbar..." "Welcher Leistungswille dem rapiden Aufschwung Albaniens zugrunde liegt, zeigten mir auch die Freiwilligenbrigaden von Schülern und Studenten, die in Tag- und Nachtschichten während ihrer Ferien eine Eisenbahntrasse ins Erzlagerstättengebiet östlich von Elbasan bauen." (Wie schon erwähnt, ist sie bereits fertiggestellt.)

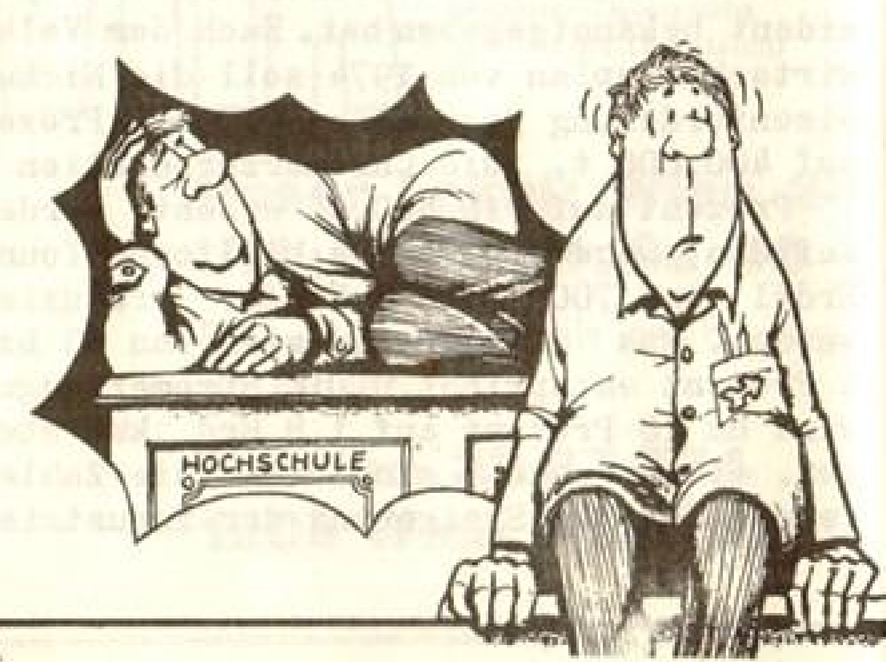
Aus den albanischen Betrieben berichtet der Autor des "Solidarität"-Artikels: "Nirgendwo gibt es Stechuhren oder Zeitnehmer. Sie sind, abgesehen von der ohnehin hohen Arbeitsmoral, auch deshalb überflüssig, weil die Kritik innerhalb der Arbeitsbrigade oder mittels eines 'Blitzbriefes' (die "Blitzbriefe", auf albanisch "Flete ruffe" genannt, sind öffentliche Anschläge, in denen jeder Arbeitskollegen und Vorgesetzte kritisieren kann. Der Kritisierte muß auf die Kritik ebenso öffentlich antworten.- d.Red.), für den Zuspätkommenden peinlicher als Lohneinbußen."

Weiter heißt es: "Gegen Funktionärs- und anderen Bürokratismus wendet sich das System des 'Kaderwechsels'. So müssen Funktionäre, die lange in zentralen Organisationen gearbeitet haben, auf 'Graswurzelebene' tätig werden, solche aus Basisgremien erhalten leitende Posten. Grundsätzlich muß jeder politische Kader, aber auch Hochschullehrer und Betriebsdirektoren, jährlich einen Monat in der manuellen Produktion schaffen." Diese Maßnahmen sollen den Bürokratismus und Revisionismus bekämpfen helfen. Denn der Revisionismus, der Arbeiterverrat, kommt nicht von der Schaufel, sondern entsteht am Schreibtisch!

Der Artikel in der "Solidarität" läßt trotz mancher Verdrehungen erkennen, daß in Albanien tatsächlich die Arbeiterklasse die Macht in ihren Händen hält. Anscheinend dürfte der ÖGB-Zensor nicht aufgepaßt haben, denn der Artikel ist durchaus geeignet, die österreichischen Arbeiter auf die Idee zu bringen, auch in unserem Land "albanisch" zu reden und ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen! ●

Ein Erfolg der marxistisch-leninistischen Studenten

Die bürgerlichen Studentenvertreter wurden jäh aus ihrem süßen Schlummer geschreckt



Die Hochschulwahlen im Jänner erbrachten einen enormen Linksruck. Die marxistisch-leninistischen Studentenorganisationen erhielten in ganz Österreich ca. fünf Prozent der abgegebenen Stimmen und errangen zwei Mandate im Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft. Darüber hinaus noch viele Mandate auf Fakultäts- und Institutsebene. An der Wahl beteiligten sich auch die SPÖ-Studenten (VSSTÖ), die trotzkistische GRM und der revisionistische "K"SV. Ihre "Programme" waren gespickt mit linken Phrasen, sie profitierten so ebenfalls von der allgemeinen Entwicklung auf dem Hochschulsektor. Die bürgerlichen Studentenorganisationen ÖSU und RFS erlitten große Verluste. Die Wahlbeteiligung war sehr gering und betrug nur 34 Prozent. Die geringe Wahlbeteiligung ist ebenfalls ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Studenten mit ihren bisher dominierenden "Interessensvertretungen", die ja in ihren Aussagen und Handlungen bewiesen haben, daß sie nichts anderes sind als Handlanger des Ministeriums (bei der Durchsetzung der Hochschul"reform" etwa) und der Bourgeoisie, die die Studenten geistig und materiell zu Werkzeugen der Politik des Kapitals machen will. Der Wahlausgang mit seinem gewaltigen Linksruck ist nicht nur bedeutsam für die Hochschulen, er ist auch bezeichnend für die tiefe politische Krise des kapitalistischen Systems.

Dabei hat sich die herrschende Klasse sehr bemüht, dieser Linksentwicklung entgegenzuwirken und bezüglich der "Linken" unter den Studenten Verwirrung zu stiften. In den Zeitungen gab es ausführliche Berichte sowohl über VSSTÖ als auch "K"SV. Ganz besonders hatte es aber die Bourgeoisie auf die Propagierung der trotzkistischen Gruppe GRM abgesehen, über die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit propagandistisch berichtet wurde. Demgegenüber gab es gegen die marxistisch-leninistischen Studenten die übliche Hetze. Gegen sie wurde das abgedroschene Vokabular von den "Chaoten", "Unruhestiftern" usw. angewandt. Trotz aller Bemühungen konnte die herrschende Klasse aber ein Auftreten marxistisch-leninistischer Kandidaten im Rundfunk nicht verhindern.

Unter der Losung: "Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" haben die marxistisch-leninistischen Studentengruppen den Wahlkampf aufgenommen. Sie errangen damit einen großen Sieg. Sie stellen eindeutig die stärkste Linkskraft dar. Es ist dies die dominierende, völlig neue Erscheinung auf österreichischem Hochschulboden.

Dazu kommt noch, daß ja der Großteil der Studenten, die sich für VSSTÖ, "K"SV und GRM entschieden, absolut und ehrlich linke Positionen bezogen hat, daß bei den Nichtwählern die Unzufriedenheit vorherrschend ist. Es ist aber ganz klar, daß die Entwicklung des politischen Bewußtseins nicht von heute auf morgen vor sich geht. Es ist die Einschätzung völlig richtig, daß die pseudorevolutionären Phrasen der diversen "Linken" bald durchschaut werden, daß unter den Nichtwählern sich die Erkenntnis durchsetzen wird, daß Passivität - "Weil man ja sowieso nichts tun kann" - zu nichts führt, sondern eine Entscheidung im Sinne einer fortschrittlichen Aktivität notwendig ist. Daß sie fähig sind, diese Entwicklung richtungsweisend zu beeinflussen, haben die marxistisch-leninistischen Studentengruppen klar bewiesen.

"Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes"! Mit dieser Parole haben die marxistisch-leninistischen Studenten aber nicht nur einen großen Sieg errungen. Sie haben damit auch völlig eindeutig und klar ein Bekenntnis für die Sache der gesamten werktätigen Bevölkerung unseres Landes abgelegt. Es ist diese Parole aber auch eine gewaltige Verpflichtung für die klassenbewußten Kämpfer aus den Reihen der Arbeiterschaft und eine Mahnung an die Arbeiterjugend, die ja ebenfalls verpflichtet ist, den Kampf um ihre Interessen aufzunehmen.

Die revolutionäre studentische Jugend - nicht nur in Österreich - ist der Träger einer politischen Aktivität, die den Gedanken der Notwendigkeit des Klassenkampfs auch in die Reihen der Arbeiterschaft trug. Die herrschende Klasse hat immer wieder versucht, die Arbeiter gegen diese Aktivität aufzuhetzen. Oft genug haben wir bei den antiimperialistischen Demonstrationen gehört, "diese Langhaarigen sollen einmal arbeiten gehen". Solche Äußerungen sind eindeutig Inspirationen des Klassenfeinds. Es ist die Aufgabe aller revolutionären Arbeiter, in den Betrieben der Hetze gegen die revolutionären Studenten entgegenzutreten. Besonders jetzt, da die studentische Vorhut eindeutige Positionen auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bezogen hat.

Es gilt den Arbeitern klar zu machen, daß die wahren marxistisch-leninistischen Studenten ihre Kampfgenossen sind, daß die Arbeiterschaft im Bewußtsein diesen Studenten zwar noch weit nachhinkt, daß sie den Kampf um ihre Interessen aber nicht nur diesen Studenten überlassen darf. Denn die Hauptkraft der revolutionären Bewegung muß und kann nur die Arbeiterklasse sein.

Es gilt den Kampf um Vertrauen innerhalb der Arbeiterschaft zur Aktivität der marxistisch-leninistischen Studenten zu führen und darum, daß sich eine Kampfeinheit herausbilden kann.

Ausgangspunkt dieser Bemühungen kann die kämpferische Einheit zwischen den vorläufig noch nicht so zahlreichen klassenbewußten revolutionären Arbeitern und den marxistisch-leninistischen Studenten sein. ●



„Unabhängige" Zeitungen und TV sehen schwarz:

Vor dem Abgrund

Hugo Portisch hat sich wieder einmal zu Wort gemeldet. Im "Kurier" vom 7. 2. 1974 schreibt er über den Streik der englischen Bergarbeiter. Sein Gehalt - und das ist nicht klein - bezieht Portisch von den Kapitalisten. Er schreibt daher auch in deren Sinne und vertritt deren Anliegen. Trotzdem kann man aber zwischen den Zeilen die Not und das Elend des - nicht nur in England - verfaulenden Kapitalismus herauslesen. Die österreichischen Arbeiter sollten dem Streik der englischen Bergarbeiter und allen Ereignissen, die sich darum herum abspielen, größte Beachtung schenken. Es ist dies äußerst lehrreich.

Welches England steht denn vor dem Abgrund? (Portisch betitelt seinen Artikel "England vor dem Abgrund".) Zweifellos ist es doch nur das kapitalistische England, dessen Abstieg von der Höhe der einstigen Weltmacht mit einem riesigen Kolonialreich die herrschende Klasse dort nicht verwinden kann. Konnte diese nun nicht mehr Kulis in Überseegebieten ausbeuten und mit der Peitsche zur Arbeit treiben, so gedachte sie, die heimische Arbeiterschaft in Kulis zu verwandeln. Wenn aber Churchill noch "Blut, Schweiß und Tränen" zur Parole erklären konnte, unter welcher sich das englische Volk einer ungeheuren Ausbeutung unterwerfen ließ, so sind heute die Zeiten anders. Die englischen Kapitalisten, die Lords, die Barone usw., sie alle müssen zur Kenntnis nehmen, daß die englischen Arbeiter keine Kulis sein wollen.

Wie jedermann weiß, leben die englischen Bergarbeiter unter den katastrophalsten Verhältnissen. Ihr Kampf um höhere Löhne ist absolut gerecht und findet bei der überwältigenden Mehrheit der englischen Bevölkerung Unterstützung. Das zeigt auch Hugo Portisch im "Kurier", indem er, nach dem Zwischentitel "Eine Katastrophe", klagt, daß sich eine "Front der Solidarität" aufbaut, die "in ihren Auswirkungen nahe an einen Generalstreik herankommen könnte."

Bei früheren Streiks der Bergarbeiter wurde unter Polizei- und Militärschutz von Streikbrechern, zum Teil auch vom Militär selber, Vorratskohle ausgeliefert, um den Streik "aushalten" zu können. Darauf liefen auch diesmal die Vorbereitungen der Regierung hinaus. Sie hat "mehr und besser trainierte Polizeieinheiten in Bereitschaft gelegt", schreibt Portisch. Aber umsonst: Denn die Eisenbahner, die Lastwagenchauffeure, die Docker und auch die Raffineriearbeiter sollen sich solidarisieren. "Und das alles auf offizielle Empfehlung der entsprechenden Gewerkschaften", entsetzt sich Portisch. So käme es "zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei", klagt er. "Dafür wäre der Streik zehnmal so wirksam, als er es in Anbetracht von noch vorhandenen 13,5 Millionen Tonnen Vorratskohle sein könnte."

Es gelingt der Regierung auch nicht, die Bevölkerung gegen die Bergarbeiter aufzuhetzen, indem sie jene für die Kosten des Streiks verantwortlich macht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Und Portisch muß bestätigen, daß eine einheitliche Kampffront der Arbeiter unüberwindlich ist. Er schreibt, "daß der britische Industrieverband, der der konservativen Regierung gewiß nahesteht, schon dafür plädiert, den Streik fast um jeden Preis zu vermeiden." Nun, die englischen Kapitalisten brauchen ja nur die Forderungen der Bergarbeiter erfüllen, dann gibt es keinen Streik.

Portisch schließt, daß "England vier Tage vor dem Abgrund" stehe. Und er meint noch, daß der englische Bergarbeiterstreik dann weltweite Auswirkungen haben werde. Und Portischs Fazit: "Wenn England am Abgrund steht, so steht es dort nicht allein." Das ist vollkommen richtig, denn am Abgrund steht - und zwar weltweit - das kapitalistische System. Dieses System, das der Menschheit nichts mehr zu bieten hat, außer Not und Elend und Massenvernichtung, wie es ja überall in den mannigfaltigsten Erscheinungsformen zu beobachten ist. All das geschieht nur um des Profits einiger Weniger willen. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, dieses System tatsächlich in den Abgrund zu stoßen, damit die werktätigen Menschen die Höhen eines wahrhaft menschenwürdigen Lebens besteigen können.

Natürlich ist es nicht nur Portisch, der schwarz sieht. Auch das österreichische Fernsehen fühlte sich genötigt zu beklagen, daß es in England ganz anders sei als in Österreich. Denn in England gibt es keine Sozialpartnerschaft, weil sich das die Gewerkschaftsführer nicht erlauben können. Sie werden nämlich direkt von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt, und wer nicht nach den Wünschen der Arbeiter vorgeht, der fliegt bei der nächsten Wahl. So der Tenor der Jammerei in unserem Fernsehen.

Ist das aber nicht ein klarer Hinweis, worauf sich die österreichischen Arbeiter ausrichten müssen? Nun, Benya und Konsorten wählen sich ja immer wieder selbst. Aber die Arbeiter wählen ja immer noch ihre Betriebsräte, denen muß auf die Finger geschaut werden. Diese müssen nach den Wünschen der Kollegen arbeiten, ansonsten müssen sie durch andere, klassenbewußte ersetzt werden. Wenn in den Betrieben Kampfbereitschaft herrscht und die Arbeiter gegenseitig Solidarität üben, können auch die österreichischen Kapitalisten samt ihren "Sozialpartnern" Benya & Co. "einpacken".

Zugegeben: Vom Grad des Kampfbewußtseins und der Kampfbereitschaft der englischen Arbeiter sind wir noch weit entfernt. Das hindert uns aber nicht, zu lernen und die ersten Schritte zu gehen. Wir müssen den Kampf in den Betrieben beginnen und die falschen Freunde, die unsere Interessen verraten, abservieren. Die Arbeiter haben allen Grund, sich auf ihre Kraft zu besinnen. Nicht Zittern vor dem Unternehmer und seinen Handlangern, sondern entschlossenes Auftreten für die eigenen Interessen! Sehr bald wird sich dann herausstellen, daß die Unternehmer das Zittern bekommen.



„Es gibt für die Arbeiterklasse... nichts Naheliegenderes, als die in den letzten Wochen und Monaten entstandenen Mehrbelastungen auf dem Wege von Lohnforderungen wieder auszugleichen", steht in einem Leitartikel der "Volksstimme" vom 30. Jänner zu lesen. Die "K"PÖ will aber bei Gott keinen Kampf um mehr Lohn in den Betrieben haben. Denn wie es in dem Artikel weiter heißt, sollen die Arbeiter nach der Meinung der "K"P alles mögliche tun, "Resolutionen" verfassen, "Forderungen" und "Betriebsratsbeschlüsse" erkämpfen usw., nur die Tatsache, daß die Arbeiter einzig und allein durch den Kampf in den Betrieben die Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen erreichen können, wird verschwiegen. Kein Wunder! Denn die Funktion der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit und der "K"P ist es ja, für die unzufriedenen Arbeiter ein Auffangbecken zu bilden und sie vom Kampf gegen die Sozialpartnerschaftspolitik abzuhalten. In Resolutionen sollen die Arbeiter "Dampf ablassen", aber sie sollen ja nicht ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen!

"Die Erkenntnis, etwas dagegen tun zu müssen", (nämlich gegen die Reallohnverluste durch die Preistreiberei), "breitet sich aus." So heißt es in der "Volksstimme". Aber was rät nun die "K"PÖ den Arbeitern? Rät sie ihnen, ihre gerechten Forderungen zu formulieren und sie einheitlich und geschlossen im Kampf durchzusetzen? Nein! Rät sie ihnen, auf die eigenen Kräfte zu

bauen und nicht der Demagogie der Gewerkschaftsführung auf den Leim zu gehen? Auch nicht! Statt dessen rät sie den Arbeitern, sie sollen "K"P und "GE" wählen. Und statt selbständige Aktionen in den Betrieben durchzuführen, soll die Arbeiterschaft an die ÖGB-Führung appellieren, doch etwas zu tun.

Die "Volksstimme" tut in diesen Tagen besonders "radikal" und druckt aus den Betrieben Protestresolution um Protestresolution ab. Aber wenn die Revisionisten wirklich derart "kämpferisch" sind, wie sie glauben machen wollen, dann hätten sie zig Gelegenheiten, dies unter Beweis zu stellen und wirklich Lohnkämpfe zu initiieren. Aber tatsächlich haben sie in keinem einzigen Betrieb, wo sie im Betriebsrat sitzen, auch nur eine einzige Kampfaktion durchgeführt, und sie haben sich nirgends an die Spitze von Aktionen in den Betrieben gestellt. Statt dessen haben sie zum Handeln entschlossene Arbeiter immer wieder beredet, papierene Proteste an den ÖGB zu schreiben und zu warten, daß die Gewerkschaft etwas unternimmt. Denn durch eine solche Politik verscherzt es sich die "K"PÖ nicht mit der Gewerkschaftsführung, und sie kann "radikale" Töne anschlagen, ohne den Kapitalisten weh zu tun.

Somit setzt sich die "K"PÖ nicht für die Arbeiter ein, sondern sie führt sie hinters Licht. Sie hat es sich zu ihrer Aufgabe gemacht, die Arbeiter mit Protestresolutionen zu "beruhigen" und dafür zu sorgen, daß der Unmut in den Betrieben ja nicht Kampfaktionen nach sich zieht.

Große Sorgen bereitet der "K"PÖ die Rettung der kapitalistischen Profitwirtschaft vor der Krise, zu deren Vermeidung sie Rezepte parat hat: "Hebung der Kaufkraft durch aktive Lohnpolitik und durch Preis-, Tarif- und Mietzinsstopp"; "Abgeltung der Teuerung und Vorziehung der nächsten Lohnrunde" usw. seien "Wachstumsimpulse und Arbeitsplatzsicherungen, wie sie im Interesse der Arbeiter und Angestellten liegen", behauptet die "Volksstimme".

Diese Forderungen sind der größte Unsinn, den man sich vorstellen kann. Warum?

Erstens war ein Preisstopp in allen Ländern, in denen er eingeführt wurde, erfolglos. Zweitens ist es ein Irrtum, zu glauben, die Gewerkschaftsführung werde im Interesse der Arbeiter und Angestellten eine "aktive Lohnpolitik" betreiben. Sie betreibt im Gegenteil eine sehr aktive Lohnpolitik im Interesse der Unternehmer. Deshalb müssen ja die Arbeiter ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen und selbständig, ohne und gegen den Willen der ÖGB-Führung um die Erfüllung ihrer Forderungen kämpfen.

Und drittens ist es einfach falsch, wenn man meint, die Krise durch staatliche Verordnungen wie Preisstopp u.dgl. oder durch "aktive Lohnpolitik" abwenden zu können.

Die Krise ist im Kapitalismus unvermeidlich. Das zeigt die Geschichte und das beweist auch der Marxismus-Leninismus. Gegen die Krise gibt es keine "Rezepte". Der einzige Ausweg aus Inflation und Krisenbedrohung für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ist nur der Sozialismus.

★

Die "K"PÖ hält sich aber für tausendmal klüger. "Hebung der Kaufkraft", "Ausbau des Osthandels", schreit sie, seien krisenverhindernd. Und die Revisionisten verkünden, daß sie diejenigen seien, welche die Profitwirtschaft von ihren Übeln kurieren könnten. Wenn das aber möglich wäre, wozu braucht dann die "K"P-Führung überhaupt noch den Sozialismus. Wenn es wirklich einen Kapitalismus ohne Krisen und Ausplünderung der arbeitenden Menschen geben könnte, dann wäre ja die sozialistische Revolution überflüssig. Und genau der Meinung ist auch die revisionistische Führung. Sie kündigt an, daß sich der Kapitalismus radikal ändern werde, wenn nur "Kommunisten im Parlament" oder gar in der Regierung sitzen würden.

Das ganze "linke" Getue der "K"PÖ soll in Wahrheit nur dazu dienen, Unzufriedene "einzufangen". Denn je mehr Einfluß die Führer dieser Partei aufweisen können, desto mehr Posten und Pfründen gibt es. Die Revisionisten wollen eben auch an der Macht "mitnaschen", sie wollen auch etwas im kapitalistischen Österreich mitzureden haben und sich genauso etablieren, wie es heute in Österreich die SPÖ bereits ist. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen sie ihr Partei-Süppchen auf Kosten der arbeitenden Menschen kochen. ●



Der Kampf um die Hsischa-(Paracel-)Inseln

China okkupiert als sozialistisches Land niemals fremdes Territorium, aber es wird auch nie die Besetzung seiner eigenen Gebiete hinnehmen. Das mußte auch Nguyen Van Thieu merken, als er die chinesischen Hsischa-Inseln annektieren wollte. Trotz wiederholter Warnungen seitens der chinesischen Regierung schickte Saigon am 15. Jänner Kriegsschiffe aus, welche diese Inseln unter die Kontrolle des Thieu-Regimes bringen sollten. Die Marineeinheiten Thieus versuchten die chinesischen Fischer aus dem Gebiet der Inseln zu vertreiben und rammten zwei Tage später zwei Fischerboote der Volksrepublik China. Am 19. Jänner schließlich landeten Saigoner Soldaten auf der Insel Tschenhang. Dort eröffneten sie auf chinesische Fischer, die erklärten, daß die Insel zu China gehöre und sie die Insel verlassen sollten, das Feuer. Die Fischer griffen darauf zu den Waffen und schlugen den Angriff zurück.

Thieu gab hierauf persönlich den Befehl, chinesische Patrouillenboote zu beschießen und die Insel zu bombardieren. Schiffe der VR China verjagten in einem Gegenschlag Thieus Marineeinheiten aus dem Gebiet der Inseln. China nahm auch Saigoner Soldaten sowie einen amerikanischen "Berater" gefangen.

Es ist eine nicht zu widerlegende Tatsache, daß die 4 Inselgruppen im Südchinesischen Meer, die Hsischa-, Nanscha-, Dschungscha- und Dungscha-Inseln, zu China gehören. Wer sich die Mühe nimmt, kann das in Nachschlagwerken nachprüfen. Und völlig zu recht wird Volks-China nie eine Okkupation dieser Inseln zulassen. ●